

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen
der Stadt Schwentimental
Der Vorsitzende**

Schwentimental, 18.10.2013

An die Mitglieder
des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen
der Stadt Schwentimental

Zu einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen der Stadt Schwentimental am

**Montag, dem 28. Oktober 2013, 19.00 Uhr,
Rathaus, Großer Bürgersaal,**

lade ich hiermit ein.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen vom
 - a. 05.08.2013 (Anlage 1 und 3),
 - b. 26.08.2013 (Anlage 2)
 - c. 16.09.2013
3. Antrag des Ausschussmitgliedes A. Müller ,Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 4)
4. Haushaltsmäßige Bereitstellung der Kosten für Vorbereitung und Durchführung der Wahl einer Bürgermeisterin/eines Bürgermeisters
Hier: Stellenausschreibung/Stellenanzeige
5. Resolution zum Thema Fracking
hier: Stellungnahme der Stadt
(BV 162/2013)
6. Satzung der Stadt Schwentimental über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
hier: 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung ab 01.01.2014
(BV 165/2013)
7. Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule
 - a. Organisatorische Verbindung
 - b. Einführung einer Sekundarstufe II
(BV 166/2013)
8. Mitteilungen und Anfragen

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte werden nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nicht öffentlich beraten.

9. Prüfung von Verstößen gegen die Gemeindeordnung (u.a. § 22 Abs.4 GO) durch ein Ausschussmitglied
10. Stundung, Niederschlagung und Erlass (BV 169/2013)
11. Entwicklung im Ostseepark
12. Mitteilungen und Anfragen

Protokoll: NN

gez. Dr. Norbert Scholtis

F.d.R.:
gez. Katharina Sommer

Musung SWF 5.8.13

Ad.1

Antrag BGM P.d. Ausschuss am 16.9.13

Ausschuss werden gebeten, die unter 1., 2. und 3. Angegebenen Ziele ggfs. dort wo es im Interesse der Stadt sinnvoll, richtig und wichtig erscheint, zu ergänzen, zu präzisieren oder anzupassen.

Neufassung Vors.:

Frau Leyk erklärt auf Nachfrage zu dem Stand der Angelegenheit, dass beabsichtigt sei, das Büro B2K sowohl mit der Erstellung des Aufstellungsbeschlusses als auch der Veränderungssperre zu beauftragen. Im Moment erwarte Sie noch das Ergebnis der Kostenschätzung durch das Büro. Die Stadtvertreter Steenbock und Köhler stellen an die Bürgermeisterin die Frage, ob denn der Auftrag aus der Stadtvertretung für Aufstellungsbeschluss und Veränderungssperre schon erteilt sei. Frau Leyk erklärt hierzu und auch nochmal auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass bisher kein Auftrag erteilt sei. Sie habe ja auch noch keine Haushaltsmittel. Aus der Mitte des Ausschusses wird diese Aussage von Frau Leyk mit Unverständnis und Kritik aufgenommen. Frau Leyk entgegnet daraufhin, dass man sich ja wegen Untätigkeit an die Kommunalaufsicht (§122 GO) wenden könne.

Originalfassung Protokollführer

Auf den Vorhalt, dass seitens der Verwaltung diesbezüglich noch keinerlei Vorbereitungen getroffen wurden, erklärt Frau Leyk, wie bereits im Bauausschuss am 20.06.2013 mitgeteilt, dass für den Aufstellungsbeschluss und die Veränderungssperre direkt nach dem Auftrag der Stadtvertretung vom 17.06.2013 am 08.07.2013 ein Angebot des Büros B2K abgefordert wurde. Dieses wird in den nächsten Tagen erwartet. Die benötigten Haushaltsmittel werden dann in den Nachtragshaushalt im August eingestellt. Das Büro B2K wird auch in die Vorbereitung der Formulierung bei der Satzung eingebunden. Ein Auftrag für die Erstellung eines B-Planes wurde noch nicht erteilt. Den Vorwurf von Frau Stadtvertreterin Clausen, die Verwaltung sei komplett untätig, weist Frau Leyk im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch ihrer Vertreterin aufs Schärfste zurück. Sollte der Ausschuss dieser Meinung sein, stellt sie den Ausschussmitgliedern frei, sich wegen Untätigkeit der Bürgermeisterin an die Kommunalaufsicht (§ 122 GO) zu wenden.

Der Vorsitzende fasst abschließend die Auffassung der Mehrheit des Ausschusses zusammen, wonach der Aufstellungsbeschluss und die Veränderungssperre spätestens zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung erwartet werden.

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Dem Antrag von Herrn Müller auf Vertagung der Entscheidung zu dem Vertrag wird stattgegeben.

Abstimmung: 2 dafür, 7 dagegen, 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

2. Dem Vertragsentwurf über die Anpachtung der Park + Ride Anlage am Bahnhof vom 04.07.2013 wird grundsätzlich zugestimmt. Dem Inhalt ist eine weitere Bestimmung hinzuzufügen, die ein vertragliches Vorkaufsrecht zugunsten der Stadt enthält.

**Antrag zum TOP Niederschriften über die Sitzungen des SWF-Ausschusses
vom 5.8.13 und 26.8.13;**

hier: Ergänzung der Niederschrift vom 26.8.13

Die Niederschrift vom 26.8.13 ist im TOP 1 Absatz 2 unvollständig und soll um folgenden Zusatz erweitert werden:

Den Hinweis von Herrn Wolters, dass es dafür Fristen gäbe die einzuhalten seinen erwiderte Dr. Scholtis, dass es hierfür keine Vorschriften gebe. Der erneute Einwand, die Gemeindeordnung sehe hier eine Frist vor, wurde abermals zurückgewiesen.

gez. Joachim Harting

Hilfz. 3

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Fraktion in Schwentimental

Andreas Müller

Mitglied im Ausschuss für Stadtent-
wicklung, Wirtschaft und Finanzen

Schwentimental, den 1.10.2013

**Anträge auf Ergänzung bzw. Änderung des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung und Finanzen vom 5.8.2013
zur Beschlussfassung vorzulegen in der Sitzung am 28.10.2013:**

1. Antrag (Sitzungsanfang, Feststellung der Tagesordnung):

Dem Satz „Nach kurzer Beratung wird die nachfolgende Tagesordnung einstimmig angenommen“ wird z.B. (sinngemäß) vorangestellt:

„Herr Müller äußert starke Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Behandlung des erstmals den Gremien vorgelegten Pachtvertrages den Bahnhof betreffend und plädiert für eine Verschiebung in den nicht-öffentlichen Teil. Herr Scholtis hält dem das aus seiner Sicht überragenden öffentlichen Interesse entgegen.“

Begründung: Die Erörterung der Öffentlichkeit des Antrages war aus meiner Sicht wichtig und muss sich auch im Protokoll wiederfinden. Ich hatte damals, wie heute, große Bedenken, weil ich die erstmalige Behandlung des Themas (ein Vertrag mit einem privaten Investor) trotz des gewiss vorhandenen öffentlichen Interesses an der Materie, im öffentlichen Teil der Sitzung problematisch fand und befürchtete dies sei einer sachlichen Diskussion nicht zuträglich und verschärfe eher die Konfrontation.

2. Antrag (zu TOP 4):

Der 3. Absatz, ab 3. Zeile wird sinngemäß z.B. dergestalt geändert:

„...nicht selbst aktiv genug gewesen zu sein und die daraus resultierende Mitverantwortung an der derzeit schwierigen Situation nicht wahrhaben zu wollen. Frau Clausen fordert Herrn Müller daraufhin auf, seine Beiträge zu überprüfen und von neuerlichen und nicht hilfreichen Schuldzuweisungen an die städtischen Gremien abzusehen (*das war meiner Meinung nach damals Frau Clausens Kernsatz*), zumal er damals kein Ausschussmitglied gewesen sei.“ Entfallen sollen im Originaltext insbesondere die tendenziösen und inhaltlich falschen Halbsätze „wider besseres Wissen“ und „keine eigenen Erkenntnisse“

Begründung: Mir ging es, wie schon öfter in diesem Kontext, nicht um Schuldzuweisung, sondern Benennung von Mitverantwortlichkeiten. Insbesondere die Frau Clausen zugeschriebenen Aussagen „wider besseres Wissen“ und „keine eigenen Erkenntnisse“ weise ich als abwertend und unwahr zurück. Ich kritisiere insbesondere den Stadtentwicklungsausschuss nicht „wider besseres Wissen“, sondern weil ich davon überzeugt bin, dass er eine Mitverantwortung daran trägt, dass 2012 nicht die notwendigen, möglichen Schritte zum Kauf des Bahnhofs unternommen wurden. Natürlich habe ich mittlerweile **genügend eigene Erkenntnisse** aus Gesprächen, insbesondere aber auch durch die entsprechenden Protokolle, die mir vorher schon zugänglich waren (4.6.2012) oder spätestens seit Mai/Juni 2013 zugänglich sind, so dass ich mir sehr wohl **fundiert eine eigene Meinung bilden** konnte.

Andreas Müller

Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung Wirtschaft und Finanzen der Stadt Schwentimental

Hilke 4

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Fraktion in Schwentinental

Gerd Kockläuner
Fraktionsvorsitzender
Andreas Müller
Swetlana Wiese

Schwentinental, den 1.10.2013

Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Finanzen am 28.10.2013:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt möglichst zeitnah ein Klärungs- und Konsensgespräch hinsichtlich der zukünftigen Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke zu organisieren. Beteiligte an diesem Gespräch sollen sein:

Die Bürgermeisterin, der Geschäftsführer der Stadtwerke Schwentinental, je ein Vertreter aller in der Stadtvertretung vertretenen Parteien, ein Vertreter/eine Vertreterin der Kommunalaufsicht in Plön, sowie nach Möglichkeit ein Vertreter/eine Vertreterin des Innenministeriums in Kiel, ggf. ein weiterer rechtlicher Berater.

Ziel dieses Klärungsgesprächs soll sein, strittige Punkte hinsichtlich der Zusammensetzung und der Weisungsgebundenheit der Gesellschafterversammlung zu diskutieren und abzuwägen und auf dieser Basis dann einen konsensfähigen Beschlussvorschlag zu erstellen, der im Stadtentwicklungsausschuss, Hauptausschuss und Stadtvertretung Ende Oktober, bzw. Anfang November vorgestellt und abgestimmt werden kann. Parallel soll ein rechtlich abgesicherter, beschlussfähiger Gesellschaftsvertrag vorbereitet werden.

Begründung:

Eine Mehrheit der Stadtvertretung ist der Auffassung, dass in der Gesellschafterversammlung neben der Bürgermeisterin auch mehrere Mitglieder aus der Stadtvertretung vertreten sein sollen und dass diese Zusammensetzung des Ausschusses auch rechtlich so möglich ist. Die Bürgermeisterin vertritt eine gegenteilige Auffassung. Sie ist der Meinung, dass alleinige Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke, die zu 100% im Besitz der Stadt sind, nur die Bürgermeisterin sein kann. Diese widersprüchlichen Meinungen sind in der Vergangenheit hinlänglich ausgetauscht worden, es gab mehrfach entsprechende Beschlussvorlagen bzw. Anträge, sowie Widersprüche der Bürgermeisterin. In der Sache ist dadurch eine Blockade eingetreten, die über Monate keinen Fortschritt erbracht hat, sondern die Bewahrung eines Status quo, der von allen Seiten aber als rechtlich problematisch erachtet wird.

Aus Sicht von Bündnis90/Die Grünen müssen alle Beteiligten dringend an einen Tisch. Die wiederholten Diskussionen schaden dem Ansehen von Stadtvertretung, Bürgermeisterin und Stadtwerken, noch viel mehr aber verunsichern sie Kunden der Stadtwerke Schwentinental und richten somit potentiell auch erheblichen wirtschaftlichen Schaden für die Stadtwerke an.

Das beantragte Konsensgespräch soll ein konstruktiver Ansatz sein, eine gangbare Variante gemeinsam zu erarbeiten, die, soweit rechtlich möglich, die Bedürfnisse der Bürgermeisterin nach Vertretung in der Gesellschafterversammlung und somit Zugang zu den aus Ihrer Sicht notwendigen Informationen genauso berücksichtigt, wie den Wunsch der Stadtvertreter in diesem Gremium ebenfalls vertreten zu sein und das aktuelle Geschäftsgeschehen zu begleiten. Die Einbeziehung von Kommunalaufsicht und Innenministerium, soll helfen, die Diskussion zu versachlichen und auch aus Gründen der Rechtssicherheit geschehen.

Andreas Müller

Für die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen in der Stadtvertretung Schwentinental